

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	nicht teilgenommen
----------------------	-----	--------------------

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Herr Tino Henning	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Carola Walter	Bürgerbündnis	entschuldigt

Gäste

Herr Norbert Praetzel	Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen (zu TOP 3.4, 3.14)
Herr Torsten Wustrack	Bereich Verkehr und Technik (zu TOP 3.5, 3.6)
Herr Dieter Lehmann	Bereich Stadterneuerung (zu TOP 3.7)
Herr Rainer Schulz	Bereich Gefahrenabwehr (zu TOP 3.8, 3.9)
Frau Viola Holtkamp	Bereich Verbindliche Bauleitplanung (zu TOP 3.10, 3.11, 3.12)
Frau Marlies Petrus-Hauck	Bürgerinitiative zur Waldrettung Rudolf-Breitscheid- Straße/ Uhlandstraße (Rederecht zu TOP 3.10)
Frau Elke Kolesnyk	Bereich Umwelt und Natur (zu TOP 3.13.1)
Herr Dr. Stefan Worseck	Anti-Atom-Bündnis Berlin Potsdam (Rederecht zu TOP 3.3, 3.13.4)
Herr Horst Furtner	Vorschlaggeber (Rederecht zu TOP 3.13.4)

Protokoll:
Frau Anhoff

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 6.10.2016 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Leitentscheidung zum Bebauungsplan Nr. 146, "Nordwestseite Jungferensee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs"
Vorlage: 16/SVV/0268
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV
(Wiedervorlage)
- 3.2 Effiziente Flächennutzung in Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0320
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV (ff)
(Wiedervorlage)
- 3.3 Katastrophenschutzplan Potsdam für den Forschungsreaktor Berlin-Wannsee (BER II) ändern!
Vorlage: 16/SVV/0533
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
GSI
- 3.4 Rettung des Naturschutzgebietes "Düstere Teiche"
Vorlage: 16/SVV/0608
Fraktion DIE LINKE
- 3.5 Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten auf BAB-Abschnitten und der Nuthestraße
Vorlage: 16/SVV/0619
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.6 Weg vom Gehweg - Schutz vor Abgasemissionen beim Parken
Vorlage: 16/SVV/0620
Fraktion SPD
- 3.7 Bebauungsplan Nr. 21 "Gewerbepark Babelsberg", 1. Änderung, Abwägung und Beschluss zur 2. Auslegung
Vorlage: 16/SVV/0630
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 3.8 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz bei Leistungen der Feuerwehr der Landeshauptstadt Potsdam (Dritte Feuerwehrkostenänderungssatzung)
Vorlage: 16/SVV/0655
Oberbürgermeister, FB Feuerwehr
FA
- 3.9 Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für Leistungen des Rettungsdienstes der Landeshauptstadt Potsdam (Fünfte Rettungsdienstgebührenänderungssatzung)
Vorlage: 16/SVV/0656
Oberbürgermeister, FB Feuerwehr
FA
- 3.10 Bebauungsplan Nr. 152 "Schulstandort Rudolf-Breitscheid-Straße/ Uhlandstraße", Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung
Vorlage: 16/SVV/0657
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), B/Sp., WA KIS

- 3.11 Bebauungsplan Nr. 142 "Schulstandort Waldstadt-Süd" - Aufstellungsbeschluss
sowie Flächennutzungsplanänderung
Vorlage: 16/SVV/0658
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), B/Sp.
- 3.12 Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplanes anhalten
Vorlage: 16/SVV/0668
Fraktion SPD
SBV (ff)
- 3.13 Bürgerhaushalt Potsdam 2017
(aufgenommen wurden die Themen, die in die Zuständigkeit dieses
Ausschusses fallen)
- 3.13.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 5: Gebühren für Feuerwerke erhöhen
Vorlage: 16/SVV/0680
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 3.13.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 9: Umgehungsstraße in der Verkehrsentwicklung berücksichtigen
Vorlage: 16/SVV/0685
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 3.13.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 11: Mehr Sauberkeit durch weitere Mülleimer und häufigere Leerung
Vorlage: 16/SVV/0687
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 3.13.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 12: Gutachten gegen den Weiterbetrieb des Atomreaktors in Wannsee
Vorlage: 16/SVV/0688
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 3.14 Renaturierung des Aradosees durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
Vorlage: 16/SVV/0697
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Lack, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 6.10.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 5 von 6 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 6.10.2016 gibt es keine Einwände; sie wird mit 4:0:1 bestätigt.

Zur Tagesordnung schlägt der Vorsitzende vor, die DS 16/SVV/0630 „Bebauungsplan Nr. 21 "Gewerbepark Babelsberg", 1. Änderung, Abwägung und Beschluss zur 2. Auslegung“ (TOP 3.7 der Nachtragstagesordnung) im Rahmen der Selbstbefassung aufzunehmen und u.a. wegen der betroffenen Kleingärten auch in diesem Ausschuss zu behandeln.

Herr Jäkel trägt vor, die DS 16/SVV/0268 „Leitentscheidung zum Bebauungsplan Nr. 146, "Nordwestseite Jungfernsee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs“ (TOP 3.1) bis zu einem geeigneten Zeitpunkt zurückzustellen. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Vereinbarung aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 8.11.2016, der sich darauf verständigt hat, die Vorlage zu einem späteren Zeitpunkt als Beschlussansatzpunkt erneut aufzurufen.

Den TOP 3.2 DS 16/SVV/0320 „Effiziente Flächennutzung in Potsdam“ bittet Frau Hüneke bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen. Hier laufen noch Verhandlungen mit der Verwaltung, die abgewartet werden sollen.

Zum TOP 3.3 DS 16/SVV/0533 „Katastrophenschutzplan Potsdam für den Forschungsreaktor Berlin-Wannsee (BER II) ändern!“ bittet Frau Hüneke ebenfalls um Zurückstellung bis zur nächsten Sitzung. Sie kündigt eine Neufassung des Antrages an.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Tagesordnung mit den vorgeschlagenen Änderungen zur Abstimmung; sie wird einstimmig bestätigt.

Dem Ausschussvorsitzenden liegen drei Anträge auf Rederecht vor:
Herr Dr. Stephan Worseck beantragt als Vertreter des Anti-Atom-Bündnisses Berlin Potsdam Rederecht zu den Tagesordnungspunkten 3.3 und 3.13.4. Da der TOP 3.3 zuvor auf die nächste Sitzung vertagt wurde, schlägt der Vorsitzende vor, seine Ausführungen dazu unter dem TOP 3.13.4 miteinzubringen.
Herr Horst Furtner, Vorschlaggeber zum Bürgerhaushalt, möchte ebenfalls zum TOP 3.13.4 reden.
Zum TOP 3.10 beantragt Frau Marlies Petrus-Hauck, Anrainerin und Vertreterin der sich formierenden Bürgerinitiative zur Waldrettung Rudolf-Breitscheid-Straße/ Uhlandstraße, ein Rederecht.

Den Anträgen auf Rederecht wird einstimmig entsprochen.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Leitentscheidung zum Bebauungsplan Nr. 146, "Nordwestseite Jungfernsee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs"

Vorlage: 16/SVV/0268

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV
(Wiedervorlage)

Die DS wird bis zu einem geeigneten Zeitpunkt zurückgestellt. (sh. Ausführungen zur Tagesordnung TOP 2)

zu 3.2 Effiziente Flächennutzung in Potsdam

Vorlage: 16/SVV/0320

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV (ff)
(Wiedervorlage)

Die DS wird bis zur nächsten Sitzung am 15.12. zurückgestellt.
(sh. Ausführungen zur Tagesordnung TOP 2)

zu 3.3 Katastrophenschutzplan Potsdam für den Forschungsreaktor Berlin-Wannsee (BER II) ändern!

Vorlage: 16/SVV/0533

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
GSI

Die DS wird bis zur nächsten Sitzung am 15.12. zurückgestellt.
(sh. Ausführungen zur Tagesordnung TOP 2)

zu 3.4 Rettung des Naturschutzgebietes "Düstere Teiche"

Vorlage: 16/SVV/0608

Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Antrag ein und verdeutlicht anhand von Fotos die Situation der Düstere Teiche. Er verweist auf die Dringlichkeit der Angelegenheit und bittet um Unterstützung sowie um zeitnahe Umsetzung zur Rettung des Gewässers. Er verliest die Schlussfolgerung aus der Stellungnahme des Naturkundlichen Museumsvereins Brandenburg e. V., die den Mitgliedern vorliegt und seine Einschätzung untermauert.

Herr Praetzel berichtet, dass bereits eine Baufirma mit der Sichtung und Reparatur des defekten Überlaufrohres für die kommende Woche beauftragt ist. Der erste Teil des Antrages sei damit durch Verwaltungshandeln erledigt. Die beauftragte Prüfung befindet sich in Arbeit.

Herr Jäkel bittet den Antrag trotz dieser Ausführungen in Gänze abzustimmen.

Frau Hüneke sieht den Sinn des Prüfauftrages nicht.

Herr Linke spricht sich hingegen für den Prüfauftrag aus; er sollte beschlossen

werden.

Frau Lentz berichtet als Mitglied des Naturschutzbeirates von einer unlängst vor Ort durchgeführten Besichtigung. Die Untere Naturschutzbehörde schätzt die Lage demnach weniger dramatisch ein. Die Reparatur des Rohres sei hier ausreichend. Weitere Maßnahmen hält sie für nicht erforderlich.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich eine Reparatur des durchgerosteten Überlaufrohres des Großen Düsteren Teiches, gelegen im Waldgebiet Katharinenholz, zu veranlassen, damit der geschützte Teich nicht dauerhaft austrocknet.

Weiterhin wird der Oberbürgermeister beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten zur Entnahme von Teilen des Schilfbestandes im Großen Düsteren Teich bestehen, um die Verlandung zu begrenzen.

Über die Umsetzung des Auftrages/ des Prüfauftrages ist die Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2016 zu informieren.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.5 Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten auf BAB-Abschnitten und der Nuthestraße
Vorlage: 16/SVV/0619
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hüneke bringt den Antrag ein und erläutert ihn. Sie bittet um Zustimmung.

Herr Wustrack (Bereich Verkehr und Technik) gibt an, dass die Verwaltung dem Antrag in der Form folgen könne. Auch der Termin zur Berichterstattung sei haltbar. Er benötigt lediglich präzisere Informationen, um welche Bundesautobahnabschnitte (BAB) es sich im Einzelnen genau handelt.

Frau Hüneke liegen hierzu im Moment keine Informationen vor, sie wird sich um die Klärung kümmern.

Herr Jäkel sieht die beantragte Temporeduzierung kritisch. Er befürchtet eine verstärkte Umfahrung der betroffenen Abschnitte und ein damit zunehmendes Verkehrsaufkommen auf den umliegenden innerstädtischen Straßen.

Frau Hüneke kann dieser Befürchtung nicht folgen.

Herr Rietz stellt den Geschäftsordnungsantrag auf getrennte Abstimmung zu den Teilabschnitten der BAB und dem Teilabschnitt der Nuthestraße.

Der Geschäftsordnungsantrag wird mit 4:2:0 angenommen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag, bezogen auf die Teilabschnitte der BAB zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der zuständigen Behörde in Kontakt zu treten, um eine Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten auf den Potsdam querenden BAB Abschnitten von Tempo 120 km/h auf Tempo 100 km/h zu erwirken.

Der Stadtverordnetenversammlung ist in der Märzsession 2017 Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Teilabschnitt der Nuthestraße zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der zuständigen Behörde in Kontakt zu treten, um eine Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten auf dem Teilabschnitt der Nuthestraße zwischen Wetzlarer Straße und Horstweg von 100 km/h auf 80 km/h zu erwirken.

Dieser Teil des Antrages wird mit 3:3:0 abgelehnt.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der zuständigen Behörde in Kontakt zu treten, um eine Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten auf den Potsdam querenden BAB Abschnitten von Tempo 120 km/h auf Tempo 100 km/h ~~und auf dem Teilabschnitt der Nuthestraße zwischen Wetzlarer Straße und Horstweg von 100 km/h auf 80 km/h~~ zu erwirken.

Der Stadtverordnetenversammlung ist in der Märzsession 2017 Bericht zu erstatten.

zu 3.6 Weg vom Gehweg - Schutz vor Abgasemissionen beim Parken

Vorlage: 16/SVV/0620
Fraktion SPD

Herr Piest bringt den Antrag ein und erläutert ihn. Er bittet um Zustimmung.

Herr Wustrack (Bereich Verkehr und Technik) teilt für die Verwaltung mit, dass dem Antrag gefolgt werden könne. Für die Berichterstattung erbittet er jedoch etwas mehr Zeit.

Herr Jäkel weist darauf hin, dass hier eine weitaus komplexere Prüfung notwendig sei und bringt den folgenden Ergänzungsantrag ein:

Nach dem ersten Satz des Antrages ist der Satz einzufügen:

„Bei der Prüfung ist die Frage einzubeziehen, wieviel weniger Fahrzeuge auf gleicher Fläche geparkt werden können, wenn vorwärts einfahren und rückwärts ausfahren vorgeschrieben wären.“

Herr Kuppert weist auf die Gefahren des rückwärts Ausparkens hin, bei dem sich hinter dem Fahrzeug befindliche Personen oder andere Fahrzeuge leichter übersehen würden. Er schlägt vor, sich eher auf die Reduzierung von Parkflächen zu konzentrieren, das würde ebenfalls zu einer Reduktion von Abgasen führen.

Herr Linke erkundigt sich, ob eine derartige Anordnung überhaupt rechtlich zulässig wäre.

Herr Wustrack weist darauf hin, dass die rechtliche Machbarkeit immer auch Bestandteil einer solchen Prüfung sei.

Frau Hüneke sieht die Notwendigkeit des Antrages nicht und wird ihn nicht unterstützen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Ergänzungsantrag zur Abstimmung.

Bei der Prüfung ist die Frage einzubeziehen, wieviel weniger Fahrzeuge auf gleicher Fläche geparkt werden können, wenn vorwärts einfahren und rückwärts ausfahren vorgeschrieben wären.

Er wird mit 4:1:1 **angenommen**.

Der Ausschussvorsitzende stellt den so ergänzten Antrag mit einer Verlängerung der Frist zur Berichterstattung auf Februar 2017 zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, wie insbesondere im Bereich der Innenstadt (Dortustraße/ Lindenstraße) aber auch an anderen betroffenen Stellen vermieden werden kann, dass Fahrzeuge mit dem Auspuff zum Bürgersteig parken. **Bei der Prüfung ist die Frage einzubeziehen, wieviel weniger Fahrzeuge auf gleicher Fläche geparkt werden können, wenn vorwärts einfahren und rückwärts ausfahren vorgeschrieben wären.**

Das Prüfergebnis und Handlungsoptionen sollen im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung im ~~Januar~~**Februar** 2017 vorgestellt und diskutiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

zu 3.7 Bebauungsplan Nr. 21 "Gewerbepark Babelsberg", 1. Änderung, Abwägung und Beschluss zur 2. Auslegung

Vorlage: 16/SVV/0630

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) bringt die Vorlage ein und erläutert sie anhand einer Präsentation eingehend. Die Kleingartenanlage sei bereits 2006 per Beschluss gesichert worden.

Auf die Frage von Frau Hüneke zu einem bestimmten Höhenverhältnis geht Herr Lehmann ein.

Herr Jäkel erinnert an die Diskussion im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und erkundigt sich, ob sich die Verwaltung im Hinblick auf ihre Aussage bezüglich einer auch künftig ausreichenden Besonnung der Kleingärten bzw. ob die Verschattung das Pflanzenwachstum der Kleingärten nicht beeinträchtigt sicher sei.

Herr Lehmann gibt zu Protokoll, dass er hierzu keine wissenschaftlich untersetzte Auskunft geben kann. Gewiss ist, dass Schatten nicht statisch sind und bei voller Ausnutzung der möglichen Höhe und unveränderten Nutzungsmaßen die Gebäudegrundflächen kleiner werden. Daraus ergibt sich, dass sich die Summe der Verschattungseffekte nur geringfügig ändert.

Herr Linke verweist darauf, dass Verschattung in der Folge des Klimawandels auch positive Effekte haben könne.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit zur 1. Auslegung nach § 4 Abs. 2 i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 21 „Gewerbepark Babelsberg“, 1. Änderung entschieden (gemäß Anlagen 2A und 2B).

2. Der Entwurf zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 21 "Gewerbepark Babelsberg" ist nach § 4a Abs.3 BauGB erneut öffentlich auszulegen (Anlagen 3 und 4).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 3.8 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz bei Leistungen der Feuerwehr der Landeshauptstadt Potsdam (Dritte Feuerwehrkostenänderungssatzung)

Vorlage: 16/SVV/0655

Oberbürgermeister, FB Feuerwehr
FA

Herr Schulz (Bereich Gefahrenabwehr) bringt die Vorlage ein und erläutert sie ausführlich.

Herr Jäkel erkundigt sich nach dem Verbleib des denkmalgeschützten Feuerwehrkrans.

Herr Schulz teilt mit, dass dieser bereits veräußert worden ist, was in solchen Fällen, ob der hohen Unterhaltungskosten, die hier anfallen, üblich ist.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zu Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz bei Leistungen der Feuerwehr der Landeshauptstadt Potsdam (Dritte Feuerwehrkostenänderungssatzung)

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.9 Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für Leistungen des Rettungsdienstes der Landeshauptstadt Potsdam (Fünfte Rettungsdienstgebührenänderungssatzung)

Vorlage: 16/SVV/0656

Oberbürgermeister, FB Feuerwehr
FA

Herr Schulz (Bereich Gefahrenabwehr) bringt die Vorlage ein und erläutert sie eingehend.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Fünfte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für Leistungen des Rettungsdienstes der Landeshauptstadt Potsdam (Fünfte Rettungsdienstgebührenänderungssatzung).

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.10 Bebauungsplan Nr. 152 "Schulstandort Rudolf-Breitscheid-Straße/ Uhlandstraße", Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung

Vorlage: 16/SVV/0657

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), B/Sp., WA KIS

Frau Petrus-Hauck nimmt ihr Rederecht wahr und gibt an, 40 Jahre lang als Lehrerin tätig gewesen zu sein. Kinderlärm schrecke sie nicht, das wolle sie eingangs festgestellt wissen. Sie sei hier als Vertreterin der sich gerade formierenden Bürgerinitiative zur Waldrettung Rudolf-Breitscheid-Straße/ Uhlandstraße und spricht sich für den Erhalt der betroffenen Bäume aus, die einen besonderen Nutzen an diesem Standort hätten. Neben dem besonderen Erscheinungsbild des Waldstücks besitze es einen hohen Stellenwert für die Anwohner. Es sei bei älteren Menschen wie auch Familien mit Kindern gleichermaßen beliebt. Zudem befänden wir uns in einer Zeit, in der der Umweltaspekt immer wichtiger würde und bei Bauvorhaben als eine der obersten Prioritäten Beachtung finden sollte. Sie plädiert nochmals eindringlich für den Erhalt des betreffenden Waldstückes.

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) schlägt vor, die Vorlagen, DS 16/SVV/0657 und DS 16/SVV/0658, gemeinsam einzubringen und zu erläutern. Sie habe eine entsprechende Präsentation vorbereitet. Die Diskussion könne dann wieder getrennt erfolgen.

Die Mitglieder sind mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Frau Holtkamp bringt die o.g. Vorlagen ein und geht anhand einer PowerPoint-Präsentation ausführlich auf die Schulentwicklungsplanung sowie die jeweiligen räumlichen Auswirkungen ein. Das aktuelle Wachstum der Stadt sowie der Randgebiete bedingt drastisch erhöhte Schülerzahlen, woraus sich vor allem für Babelsberg ein höherer Bedarf an Grundschulplätzen ergibt. Für einen neuen Grundschulstandort in Babelsberg gibt es nach der Prüfung von mehr als 20 Flächen noch drei Optionen:

- die Errichtung der Grundschule auf einer Fläche an der Sandscholle, die aktuell als Sportplatz genutzt wird. Hier wäre eine Verlagerung des Sportplatzes an den Horstweg erforderlich,
- die Errichtung der Grundschule auf der Sandscholle mit Verlagerung des derzeitigen Sportplatzes an den Schulstandort Waldstadt Süd oder
- die Errichtung der Grundschule auf einem Grundstück in der Rudolf-Breitscheid Straße/Ecke Uhlandstraße.

Zur letztgenannten Option „Schulstandort Rudolf-Breitscheid-Straße/Uhlandstraße“ liegt den Stadtverordneten die hiesige Vorlage Bebauungsplan Nr. 152 DS 16/SVV/0657 vor. Im Ergebnis der umfangreichen Prüfungen hat sich gezeigt, dass es den perfekten Standort in diesem dicht besiedelten Wohngebiet nicht gibt. Jede Option habe ihre Vor- und Nachteile.

Zur Planung einer weiterführenden Schule direkt am Bahnhof Rehbrücke ist den Stadtverordneten der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 142 „Schulstandort Waldstadt-Süd“ DS 16/SVV/0658, einschließlich paralleler Flächennutzungsplanänderung, vorgelegt worden.

Frau Holtkamp berichtet weiter, dass die AG Schulentwicklungsplanung (SEP) zur DS 16/SVV/0657 noch Klärungsbedarf hat. Sie soll in der kommenden AG-Sitzung, voraussichtlich im Dezember, abschließend behandelt werden. Sie bittet daher, diese Vorlage bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen und heute noch kein Votum abzugeben. So hätten die Mitglieder die Gelegenheit, sich von den Teilnehmern der AG SEP eingehender informieren zu lassen und könnten die Ergebnisse der AG in die Meinungsbildung einbeziehen.

Es folgt die Diskussion zur DS 16/SVV/0657.

Frau Hüneke vertritt die Meinung, der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung solle in dieser Sache heute zu einem Votum gelangen. Einer Vertagung kann sie nicht zustimmen.

Einige Mitglieder schließen sich dieser Meinung an.

Herr Linke erkundigt sich zudem nach den Gründen, warum andere Standorte bereits im Vorfeld ausgeschieden sind.

Herr Jäkel kritisiert die für ihn unzureichende Vorbereitung der Vorlage. Neben der heutigen Abstimmung solle der Verwaltung zudem der Auftrag erteilt werden, die Variante A aus der Präsentation als Beschlussvorlage vorzubereiten.

Einige Mitglieder schließen sich zwar der Kritik an, sehen die Erteilung eines solchen Auftrages aber kritisch und sprechen sich dagegen aus.

Herr Kuppert spricht für eine Variante, die mehr Sportflächen generiert.

Herr Jäkel erinnert an die Bitte aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, den Mitgliedern eine Übersicht der möglichen Schulstandorte inklusive kurzer Erläuterung zur Verfügung zu stellen. Diese Übersicht erbittet er auch für die Mitglieder dieses Ausschusses.

Frau Holtkamp sagt die Überlassung einer solchen Übersicht zu und empfiehlt, nochmals in den Fraktionen Rücksprache zu halten. Nachdem sie auf die Anmerkungen und Fragen eingegangen ist, bittet sie die Mitglieder um Vorschläge für weitere Standorte, die dann in die laufenden Prüfungen einbezogen würden; die geäußerte Kritik nehme sie für den laufenden Prozess mit. Sie verweist auf eine geplante Beschlussvorlage zum Standort Sandscholle, die voraussichtlich im kommenden März in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden soll. Für die heutige DS bittet sie nochmals um Zurückstellung und ein informelles Votum des Ausschusses.

Herr Rietz stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der DS 16/SVV/0657 auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung.

Der Geschäftsordnungsantrag wird mit 1:4:1 abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage DS 16/SVV/0657 zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Bebauungsplan Nr. 152 "Schulstandort Rudolf-Breitscheid-Straße/ Uhlandstraße" ist nach § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (gemäß Anlagen 2 und 3), der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB zu ändern.
2. Das Bauleitplanverfahren ist mit der Priorität 1 I entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung vom 07.03.2001 (DS

01/SVV/059) und nachfolgender Aktualisierung durchzuführen (siehe Anlage 4).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 1
Ablehnung: 5
Stimmenthaltung: 0

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage abzulehnen.

**zu 3.11 Bebauungsplan Nr. 142 "Schulstandort Waldstadt-Süd" -
Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplanänderung
Vorlage: 16/SVV/0658**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), B/Sp.

Die Einbringung und Erläuterung der Vorlage erfolgte im Zusammenhang mit der DS 16/SVV/0657 durch Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) im vorhergehenden TOP (sh. Ausführungen zum TOP 3.10)

Herr Jäkel stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Tagesordnungspunkt zurückzustellen und bringt folgenden Ergänzungsantrag ein:

In der Anlage 2 ist der Punkt Planungsziele zu ergänzen durch den Satz:

„Es ist ein ausreichender Abstand von Bauflächen zur Eisenbahntrasse sicherzustellen.“

Frau Hüneke bringt folgenden Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, am geplanten Schulstandort Waldstadt-Süd einen Architekturwettbewerb durchzuführen. Der Erhalt eines möglichst großen Waldanteils sowie eine ökologische Bauweise sollen dabei maßgebliche Vorgaben sein.“

Sie bittet um Zustimmung.

Frau Holtkamp geht auf Anmerkungen und Fragen der Mitglieder ein. Sie weist auf eine Machbarkeitsstudie hin, in der die Realisierbarkeit des Vorhabens weiter untersucht werden soll. Die AG Schulentwicklungsplanung (SEP) hat diesen Standort in ihrer heutigen Sitzung bestätigt. Sie bittet die DS heute abzustimmen.

Herr Piest weist darauf hin, dass der hier in Rede stehende Standort bereits Teil des beschlossenen Schulentwicklungsplans aus dem Jahr 2014 ist. Die

Abstimmung sollte heute erfolgen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung bis zum 15.12. zur Abstimmung.

Er wird mit 2:4:0 abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, am geplanten Schulstandort Waldstadt-Süd einen Architekturwettbewerb durchzuführen. Der Erhalt eines möglichst großen Waldanteils sowie eine ökologische Bauweise sollen dabei maßgebliche Vorgaben sein.

Er wird einstimmig angenommen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Ergänzungsantrag von Herrn Jäkel zur Abstimmung.

In der Anlage 2 ist der Punkt Planungsziele zu ergänzen durch den Satz:

Es ist ein ausreichender Abstand von Bauflächen zur Eisenbahntrasse sicherzustellen.

Er wird ebenfalls einstimmig angenommen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die geänderte Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Bebauungsplan Nr. 142 "Schulstandort Waldstadt-Süd" ist nach § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (gemäß **der zum Punkt Planungsziele um den Satz, „Es ist ein ausreichender Abstand von Bauflächen zur Eisenbahntrasse sicherzustellen.“ ergänzten** Anlage 2 und **der Anlage 3**).

Der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB zu ändern.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, am geplanten Schulstandort Waldstadt-Süd einen Architekturwettbewerb durchzuführen. Der Erhalt eines möglichst großen Waldanteils sowie eine ökologische Bauweise sollen dabei maßgebliche Vorgaben sein.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 3.12 **Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplanes anhalten**

Vorlage: 16/SVV/0668

Fraktion SPD

SBV (ff)

Herr Wartenberg bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) kann der Intention des Antrages folgen, rät aber dennoch von einer Zustimmung ab. Sie führt aus, dass das forstrechtliche Verfahren einwandfrei abgelaufen sei. Außerdem hatte die Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam aufgrund von Nichtzuständigkeit keine Einflussmöglichkeiten. Im Zuge des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 140 werde es eine entsprechende Variantenuntersuchung geben.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Änderung des Flächennutzungsplanes im Geltungsbereich des Aufstellungsbeschlusses für einen Bebauungsplan Nr. 140 „Steinstraße/Kohlhasenbrücker Straße“ ist vorläufig einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 0

zu 3.13 **Bürgerhaushalt Potsdam 2017**

(aufgenommen wurden die Themen, die in die Zuständigkeit dieses Ausschusses fallen)

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Themen des Bürgerhaushaltes heute in 1. Lesung zu behandeln und erst in der nächsten Sitzung abschließend zu beraten.

Dagegen gibt es keine Einwände.

Die Anwesenheit einer Vertretung der Projektleitung zum Bürgerhaushalt für die nächste Sitzung wird erbeten, da heute krankheitsbedingt niemand teilnehmen konnte.

zu 3.13.1 **Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und**

Bürger", Nummer 5: Gebühren für Feuerwerke erhöhen
Vorlage: 16/SVV/0680

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Jäkel kritisiert, dass der Antrag von dem originalen Bürgervorschlag abweicht.

Herr Linke wie auch Herr Praetzel weist darauf hin, dass im Laufe des Verfahrens durch das Redaktionsteam ein praktikabler Vorschlag erarbeitet werden müsse, der zugunsten der Realisierbarkeit durchaus von der ursprünglichen Formulierung abweichen kann.

Es folgt eine Diskussion zum Verständnis des Anliegens.

Frau Kolesnyk (Bereich Umwelt und Natur) bringt einen Änderungsantrag der Verwaltung zur Präzisierung des Antrages ein. Der Antrag sollte lauten:

„Die Festsetzung der Gebühren in Bescheiden für private Feuerwerke in der Landeshauptstadt Potsdam sind anzupassen und im Rahmen der geltenden Gebührenordnungen (GebOMUGV, GebOMASF) zu erhöhen.“

Herr Jäkel kann dieser Formulierung folgen und erklärt sich einverstanden.

Die abschließende Beratung erfolgt in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung.

zu 3.13.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 9: Umgehungsstraße in der Verkehrsentwicklung berücksichtigen

Vorlage: 16/SVV/0685

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Jäkel begrüßt den Vorschlag.

Auch Herr Rietz kann dem Antrag folgen. Der Bedarf ist offensichtlich, sonst wäre das Thema im Ranking nicht so weit oben.

Andere Mitglieder können den Antrag nicht unterstützen.

Frau Hüneke sieht hier einen erhöhten Vermittlungsbedarf an die Bürger.

Herr Piest verweist auf vergangene bereits erfolgte Debatten, die nicht erneut geführt werden sollten.

Auch Herr Dr. Zöllner hält den Inhalt des Antrages für bereits ausreichend erörtert.

Er erinnert in diesem Zusammenhang an das Stadtentwicklungskonzept (StEK) Verkehr.

Die abschließende Beratung erfolgt in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung.

zu 3.13.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 11: Mehr Sauberkeit durch weitere Mülleimer und häufigere Leerung

Vorlage: 16/SVV/0687

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Frau Lentz zweifelt an dem Sinn von mehr Abfallbehältern, die nicht zwangsläufig die Sauberkeit fördern. Sie sieht das Problem eher auf kultureller Ebene. Mehr Mülleimer würde nur mehr Müll zur Folge haben.

Herr Jäkel hingegen befürwortet den Antrag, er sieht den Bedarf. Er müsse nur konkret als Einzelfallprüfung vor Ort ermittelt und angepasst werden.

Herr Rietz wie auch Herr Piest sieht diesen Antrag bereits als durch Verwaltungshandeln erledigt. Eine Sauberheitskampagne sei auch auf den Weg gebracht.

Herr Wartenberg hingegen bemängelt eine unzureichende Umsetzung. Konkret benennt er die in seinem Ortsteil aufgestellten Hundekottütenspender, zu denen es jedoch keine Abfallbehälter gebe.

Die abschließende Beratung erfolgt in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung.

zu 3.13.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 12: Gutachten gegen den Weiterbetrieb des Atomreaktors in Wannsee

Vorlage: 16/SVV/0688

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Dr. Stephan Worsack (Anti-Atom-Bündnis Berlin Potsdam) nimmt sein Rederecht zu dem vertagten Tagesordnungspunkt 3.3 und zu 3.13.4 wahr (eine schriftliche Ausarbeitung ist diesem Protokoll als Anlage beigefügt).

Bei dem vorliegenden Katastrophenschutzplan sieht er erheblichen Nachbesserungsbedarf. Er sei unausgereift und beruhe auf falschen Basisdaten. Klärungsbedarf bestehe u. a. zu den rechtlichen Rahmenbedingungen der Verteilung von Iodtabletten an Schulen und Kitas, zu dem Umgang mit Häusern mit Zwangsbelüftung oder zu der Frage, wie die Verteilung der Iodtabletten in der Praxis zu realisieren und zu organisieren ist. Da es sich bei dem Reaktor in Wannsee durchaus auch um ein Anschlagziel handelt, sei eine entsprechende Gutachtenerstellung unbedingt erforderlich.

Herr Horst Furtner (Vorschlaggeber zum Antrag 16/SVV/0688) nimmt sein

Rederecht wahr und erklärt als direkt betroffener Anrainer, dass der derzeitige Katastrophenschutzplan unrealistisch und unausgereift sei. Er bedarf einer umfassenden Begutachtung und Überarbeitung. In Zeiten, in denen sich die terroristische Gefahrenlage verschärft habe, sei die Dringlichkeit eines fundierten Katastrophenschutzplanes besonders gegeben und keine Marginalie. Er bittet nachdrücklich um Zustimmung.

Frau Hüneke schließt sich der Kritik am derzeitigen Stand des Katastrophenschutzplanes an. Sie bemängelt zudem die zu geringen Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger in dieser Angelegenheit.

Herr Jäkel macht mehr die Zeit nach der Abschaltung des Reaktors Sorgen.

Frau Lentz weist darauf hin, dass es für eine Abschaltung und danach ein geregeltes Verfahren gibt.

Herr Linke hält den Katastrophenschutzplan ebenfalls für unzureichend, der unbedingt einer Nachbearbeitung bedarf. Auch wenn er rechtliche Bedenken bezüglich der in dem Antrag geforderten Gutachtenerstellung hat, sollte eine entsprechende Prüfung in jedem Fall vorgenommen werden. Er warnt jedoch vor zu hohen Erwartungen. Der Antrag sei aber in jedem Fall zu unterstützen.

Herr Piest sieht die zeitliche Perspektive kritisch, das Gutachten noch vor der geplanten Abschaltung des Reaktors fertig zu stellen.

Die abschließende Beratung erfolgt in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung.

**zu 3.14 Renaturierung des Aradosees durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
Vorlage: 16/SVV/0697**

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)

Herr Praetzel verweist auf die den Mitgliedern vorliegende Mitteilungsvorlage, auf die er kurz eingeht.

Herr Kuppert erkundigt sich nach den Kosten.

Herr Praetzel gibt an, dazu zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Angaben machen zu können. Angaben zu den Kosten werden aber in der geplanten Machbarkeitsstudie enthalten sein.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage 16/SVV/0697 zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

Keine.

zu 5 Sonstiges

Herr Praetzel weist auf die laufende öffentliche Auslegung zur Fortschreibung des Lärmaktionsplanes der Landeshauptstadt Potsdam hin. Vom 1. November bis zum 2. Dezember 2016 können Anregungen und Hinweise schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadtverwaltung Potsdam Bereich Umwelt und Natur, Friedrich-Ebert-Straße 79 - 81, 14469 Potsdam vorgebracht werden.

Ort der Auslegung

Stadtverwaltung Potsdam
Bereich Umwelt und Natur
Friedrich-Ebert-Straße 79-81
Haus 20 1. OG Zimmer 108

Zeit der Auslegung

Mo und Mi 8.00 – 15.00 Uhr
Di 8.00 – 18.00 Uhr
Do 8.00 – 16.00 Uhr
Fr 8.00 – 13.00 Uhr

Ansprechpartner:

Herr Markwart Tel.: [\(0331\) 289-2860](tel:03312892860)
Frau Kolesnyk Tel.: [\(0331\) 289-2861](tel:03312892861)

Der Planentwurf kann auch im Internet unter www.potsdam.de/laermaktionsplan eingesehen werden.

Matthias Lack
Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff
Niederschrift